

Betreff:

Befahren des Friedhofes Rünigen

Organisationseinheit:

Dezernat VII
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

04.04.2016

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

14.04.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates 224 vom 12. November 2015:

„Der Stadtbezirksrat bittet die Abteilung Bestattungswesen im Fachbereich Stadtgrün dafür zu sorgen, dass die für die Unterhaltung des Friedhofes zuständige Gartenbaufirma nicht mit ihren Fahrzeugen über die dortigen Gräber fährt.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die mit der Rasenpflege beauftragte Firma ist inzwischen auf ihr Fehlverhalten aufmerksam gemacht und entsprechend sensibilisiert worden.

Loose

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Verlängerung der Gültigkeitsdauer des
Planfeststellungsbeschlusses für den Bau einer Verbindungsstraße
AS Rünigen-Süd (A39), eines Kreisverkehrsplatzes (K64) und
eines Geh- und Radweges entlang der Kreisstraße K64 zwischen
Geitelde und Rünigen vom 8. Dezember 2010**

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

10.03.2016

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Status

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (zur Kenntnis)	07.04.2016	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Kenntnis)	14.04.2016	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (zur Kenntnis)	19.04.2016	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)	20.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	26.04.2016	N

Sachverhalt:

Der o. g. Planfeststellungsbeschluss vom 8. Dezember 2010 war bis zum 31. Januar 2016 gültig. Die Stadt Braunschweig hat die Realisierungsabsicht der Bauvorhaben Neubau einer Verbindungsstraße AS Rünigen-Süd und eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreisstraße 64 nicht aufgegeben (Vorlage DS 17547/15). Aus diesem Grund wurde mit Datum vom 11. Dezember 2015 ein Verlängerungsbeschluss gefertigt, der nunmehr bestandskräftig geworden ist. Die Gültigkeitsdauer ist somit bis zum 31. Januar 2021 verlängert.

Leuer

Anlage/n:

Beschlussverlängerung

Fachbereich Tiefbau und Verkehr
Planfeststellungsbehörde

**Bau einer Verbindungsstraße AS Rünigen-Süd (A 39),
eines Kreisverkehrsplatzes (K 64) und eines Geh- und
Radweges entlang der Kreisstraße K 64 zwischen
Geitelde und Rünigen**

**hier: Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Planfeststellungs-
beschlusses der Stadt Braunschweig vom 8. Dezember 2010**

11. Dezember 2015
66.01- PF 2010/01

Beschluss:

Auf Antrag der Stadt Braunschweig, Fachbereich Tiefbau und Verkehr, Abteilung Verkehrsplanung als Vorhabenträgerin vom 17. August 2015 wird die Gültigkeitsdauer des seit dem 31. Januar 2011 unanfechtbaren Planfeststellungsbeschlusses der Stadt Braunschweig, Planfeststellungsbehörde, vom 8. Dezember 2010 für den Ausbau der Verbindungsstraße AS Rünigen-Süd, des Kreisverkehrsplatzes und des Geh- und Radweg entlang der Kreisstraße K 64 zwischen Geitelde und Rünigen um fünf Jahre bis zum 31. Januar 2021 verlängert.

Rechtsgrundlage für die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Planfeststellungsbeschlusses vom 8. Dezember 2010 für das o. a. Bauvorhaben der Stadt Braunschweig ist § 38 Abs. 4 Nr. 5 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG).

Begründung:

Für das o. g. Bauvorhaben ist gemäß § 38 NStrG in Verbindung mit dem Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetz (NVwVfG) und §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) das Planfeststellungsverfahren durchgeführt worden.

Die Stadt Braunschweig, Fachbereich Tiefbau und Verkehr, Planfeststellungsbehörde, hat mit Datum vom 8. Dezember 2010 den Plan, bestehend aus

Übersichtslageplan Maßstab 1:10000 vom 22. Feb. 2010	Anlage 3
Regelquerschnitt Maßstab 1:50 vom 6. Okt. 2010	Anlage 4, QSA 1. Änd., QSB 1. Änd., QSB2
Regelquerschnitt Maßstab 1:50 vom 22. Feb. 2010	Anlage 4, QSC, QSD, QSE, QSF, QSH, QSK, QSL
Lageplan Straße Maßstab 1:500 vom 22. Feb. 2010	Anlage 5.1
Lageplan Geh- und Radweg und Kreisverkehrsplatz Maßstab 1:500 vom 6. Okt. 2010	Anlage 5.2, Bl. Ra1 1. Änd., Bl. Ra2 1. Änd., Bl. Ra3 1. Änd.
Lageplan Geh- und Radweg und Kreisverkehrsplatz Maßstab 1:500 vom 22. Feb. 2010	Anlage 5.2 Bl. Ra4, Bl. Ra5
Höhenplan Straße Maßstab 1:1000/100 vom 22. Feb. 2010	Anlage 6.1
Höhenplan Geh- und Radweg und Kreisverkehrsplatz Maßstab 1:500/50 vom 6. Okt. 2010	Anlage 6.2, Bl. Ra1 1.Änd., Bl. Ra2 1.Änd., Bl. Ra3 1.Änd.
Höhenplan Geh- und Radweg und Kreisverkehrsplatz Maßstab 1:500/50 vom 22. Feb. 2010	Anlage 6.2, Bl. Ra4, Bl. Ra5
Querprofile Maßstab 1:200 vom 22. Feb. 2010	Anlage 7
Grabendurchlässe Maßstab 1:50 vom 22. Feb. 2010	Anlage 8
Landschaftspflegerischer Begleitplan, Bestands- und Konfliktplan vom 22. Feb. 2010	Anlage 10.3, Unterlage 12.1
Übersichtsplan des Landschaftspflegerischen Maßnahmenplanes vom 6. Okt. 2010	Anlage 10.3 Unterlage 12.2, Bl. 1a

Lagepläne des Landschaftspflegerischen Maßnahmenplanes vom 6. Okt. 2010	Anlage 10.3, Unterlage 12.3, Bl. 1a, 2a, 3a, 4a
Lageplan des Landschaftspflegerischen Maßnahmenplanes vom 13. Jan. 2010	Anlage 10.3, Unterlage 12.3, Bl. 5
Grunderwerbsplan Maßstab 1:2.500 vom 10. Feb. 2010	Anlage 12.1
Grunderwerbsverzeichnis	Anlage 12.2

festgestellt.

Der o. a. Planfeststellungsbeschluss vom 8. Dezember 2010 sowie die mit dem Feststellungsvermerk versehenen Planunterlagen für dieses Bauvorhaben haben mit Wirkung vom 31. Januar 2011 Unanfechtbarkeit erlangt.

Der seitdem unanfechtbare Planfeststellungsbeschluss und die festgestellten Planunterlagen für das o. a. Bauvorhaben treten gemäß § 38 Abs. 4 Nr. 5 NStrG außer Kraft, wenn 5 Jahre nach Unanfechtbarkeit, d. h. hier bis zum 31. Januar 2016, mit der Durchführung des Bauvorhabens nicht begonnen wurde.

Der Bau des Geh- und Radweges entlang der Kreisstraße K 64 ist bereits im Frühjahr 2012 abgeschlossen worden. Mit dem Baubeginn für die beiden Maßnahmen Neubau einer Verbindungsstraße und eines Kreisverkehrsplatzes ist bis zum Zeitpunkt des o. g. Außerkrafttretens des Planfeststellungsbeschlusses nicht zu rechnen.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt hat in seinem Beschluss vom 14. Juli 2015 die Realisierungsabsicht dieser Baumaßnahmen jedoch nicht aufgegeben. Sie entspricht somit weiterhin den Zielsetzungen der Stadt.

Aus diesem Grund hat die Abteilung Verkehrsplanung des Fachbereiches Tiefbau und Verkehr der Stadt als Vorhabenträgerin mit Schreiben vom 17. August 2015 die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Planfeststellungsbeschlusses sowie der festgestellten Planunterlagen um weitere fünf Jahre beantragt.

Eine wesentliche Änderung der Sach- und Rechtslage ist seit Erlass des Planfeststellungsbeschlusses nicht ersichtlich. Ein Beginn mit dem Neubau der Verbindungsstraße und des Kreisverkehrsplatzes bis zum 31. Januar 2016 ist nicht geplant. Gleichwohl hat die Stadt ihre Zielsetzung im Hinblick auf die Baumaßnahmen nicht aufgegeben. Zurzeit wird bei der Stadt ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept für die Flächennutzungsplanung erarbeitet, aus dem sich konkrete Flächenbedarfe und damit verkehrliche Erfordernisse ergeben werden. Die geplanten Verkehrsverbindungen sollen vor diesem Hintergrund nicht aufgegeben werden.

Die Verlängerung erfolgt für fünf Jahre, da dieser Zeitraum für die Umsetzung der Baumaßnahmen notwendig ist. Überwiegende Belange der Betroffenen, die gegen eine Verlängerung des Planfeststellungsbeschlusses um weitere fünf Jahre sprechen, sind nicht ersichtlich.

Das Verfahren zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Planfeststellungsbeschlusses wurde am 3. September 2015 eingeleitet. Die Absicht der Verlängerung der Gültigkeitsdauer wurde gegenüber allen Beteiligten, insbesondere den Trägern öffentlicher Belange einschließlich der Naturschutzverbände sowie den privaten Einwendern, die seinerzeit im vorausgegangenen Planfeststellungsverfahren Stellungnahmen abgegeben bzw. Einwendungen und Bedenken gegen das Vorhaben geltend gemacht hatten, bekanntgegeben.

Stellungnahmen, Einwendungen oder Bedenken, die sich gegen die beabsichtigte Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Planfeststellungsbeschlusses vom 8. Dezember 2010 richten, wurden nicht abgegeben.

Gegenstand des Anhörungsverfahrens und der mit diesem Beschluss ergehenden Entscheidung sind nicht die öffentlich-rechtlichen Beziehungen, die durch das Vorhaben selbst entstehen und die mit dem zu verlängernden Planfeststellungsbeschluss bereits entschieden worden sind, sondern der Antrag auf Verlängerung. Das heißt, der Inhalt des unanfechtbar gewordenen Planfeststellungsbeschlusses wird nicht mehr geprüft.

So werden hiermit alle Forderungen und Einwendungen zurückgewiesen, die über den Antrag auf Verlängerung hinausgehen bzw. ihn nicht betreffen, wie die Stellungnahme der Abteilung Umweltschutz und Umweltplanung des Fachbereiches Stadtplanung und Umweltschutz der Stadt.

Dem Antrag der Abteilung Verkehrsplanung des Fachbereiches Tiefbau und Verkehr vom 17. August 2015 auf Verlängerung der Gültigkeitsdauer des seit dem 31. Januar 2011 unanfechtbaren Planfeststellungsbeschlusses vom 8. Dezember 2010 für das o.a. Bauvorhaben ist daher zu entsprechen.

Hinweise:

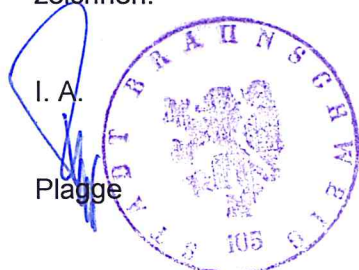
1. Der Planfeststellungsbeschluss vom 8. Dezember 2010 tritt außer Kraft, wenn mit der Durchführung des Planes nicht bis zum 31. Januar 2021 begonnen worden ist. Eine nochmalige Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Planfeststellungsbeschlusses ist nach § 38 Abs. 4 Nr. 5 NStrG nicht möglich.
2. Offensichtliche Unrichtigkeiten dieses Beschlusses können durch die Planfeststellungsbehörde jederzeit berichtigt werden; bei berechtigtem Interesse eines an dem vorliegenden Verfahren Beteiligten hat die genannte Behörde zu berichtigen, ohne dass es hierzu jeweils der Erhebung einer Klage bedarf (§ 42 VwVfG).
3. Dieser Beschluss wird für zwei Wochen nach ortsüblicher Bekanntmachung bei der Stadt Braunschweig ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig, Wilhelmstraße 55, 38100 Braunschweig, erhoben werden.

Die Beteiligten, denen der Beschluss zugestellt worden ist, können innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erheben. Die übrigen Betroffenen, denen gegenüber der Beschluss durch ortsübliche Bekanntmachung und Auslegung als zugestellt gilt, können innerhalb eines Monats nach dem Ende der Auslegungsfrist Klage erheben.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.



Stadt Braunschweig
Verlängerung des Planfeststellungsbeschlusses vom 8. Dezember 2010 für den Bau einer Verbindungsstraße AS Rünigen-Süd (A 39), eines Kreisverkehrsplatzes (K 64) und eines Geh- und Radweges entlang der Kreisstraße K 64 zwischen Geitelde und Rünigen vom 11. Dezember 2015

Seite 5

Fundstellen

Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. 1980, S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Oktober 2014 (Nds. GVBl. S. 291)

Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)

Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz (NVwVfG) vom 3. Dezember 1976 (Nds. GVBl. 1976, S. 311), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2009 (Nds. GVBl. S. 361)

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 224

TOP 4.1

16-01895

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Zukünftige Nutzung der ehemaligen Tennishalle an der
Böttgerstraße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

31.03.2016

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Beantwortung)

14.04.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

An den Stadtbezirksrat wurden Gerüchte herangetragen, dass geplant sei, in der ehemaligen Tennishalle eine Spielothek einzurichten.

Der Stadtbezirksrat bittet die Verwaltung um Auskunft, ob solche Planungen wirklich bestehen.

gez.

Dieter Fasterling
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Zukünftige Nutzung der ehemaligen Tennishalle an der
Böttgerstraße**

Organisationseinheit:

Dezernat III
0630 Referat Bauordnung

Datum:

13.04.2016

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

14.04.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.03.2016 (16-01895) wird wie folgt Stellung
genommen:

Es liegt der Bauverwaltung ein Bauantrag für die Böttgerstraße 2 mit dem Vorhabentext
„Nutzungsänderung Squashanlage in Spielhalle“ vor. Der Bauantrag befindet sich derzeit in
der Prüfung.

Das Vergnügungsstättenkonzept der Stadt Braunschweig sieht an der Stelle des beantragten
Bauvorhabens keine Vergnügungsstätte vor. Die Verwaltung sieht sich an das
Vergnügungsstättenkonzept gebunden. Eine Änderung des dem Vorhaben
entgegenstehenden Bebauungsplanes ist daher nicht vorgesehen.

Leuer

Anlage/n: ./.

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 224

TOP 5.1

16-01896

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Wiederherstellung des Weges zwischen Bezirkssportanlage und Bahngleis

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

31.03.2016

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Entscheidung)

14.04.2016

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Stadtbezirksrat beantragt, den während der Pflegeschnittarbeiten zerfahrenen Weg in gleicher Weise wie den Rundweg um den Südsee wieder instandzusetzen.

Sachverhalt:

Der Weg wird häufig genutzt, ist zur Zeit aber bei und nach Regenwetter in einem kaum begehbaren Zustand.

gez.

Dieter Fasterling
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Betreff:

Ausbesserung von Radwegflächen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.04.2016

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Entscheidung)

14.04.2016

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat bittet die Verwaltung der Stadt, vor den Grundstücken Thiedestraße 33 und 35 sowie 45 und 47 die Radwegflächen auszubessern. Bei Regen sammelt sich dort das Wasser und gefährdet Radfahrer und auch Fußgänger.

Sachverhalt:

Seit Jahren sackt an diesen Stellen der Untergrund ab, so dass dort schon einmal ausgebessert wurde. Weitere Maßnahmen sind unter Hinweis auf die kommende Grunsanierung der Thiedestraße nicht erfolgt. Da die Sanierung immer wieder aufgeschoben wird, sollte zumindest der Radweg erneut ausgebessert werden.

gez.

Jürgen Buchheister
Bezirksbürgermeister**Anlage/n:**

keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 224

TOP 5.3

16-02081

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Industrie- und Gewerbegebiet "Thiedestraße Ost"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.04.2016

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Entscheidung)

14.04.2016

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Stadtbezirksrat bittet die Verwaltung, dass innerhalb der Gesamtfläche des geplanten Industrie- und Gewerbegebiets „Thiedestraße Ost“ Flächen für Wohnbebauung eingerichtet und zugelassen werden.

Sachverhalt:

gez.

Oliver Schatta
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Betreff:

Beseitigung der Gefahrenstellen an der Baustelle "Alte Schmiede"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.04.2016

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Entscheidung)

14.04.2016

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat beantragt, die Gefahrenstellen an der Baustelle „Alte Schmiede“ zu beseitigen.

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat hatte bereits in seiner Sitzung am 12.11.2015 beantragt, zu veranlassen, dass die Wegesicherheit an der Baustelle „Alte Schmiede“ wieder hergestellt wird. Insbesondere sollten die Engstelle auf dem Rad-/Fußweg vor dem zum Schulweg gehörenden Fußgängerüberweg und die Absturzgefährdung an dem nicht mehr vorhandenen Zaun beseitigt werden.

Bisher ist dies nicht ausreichend geschehen. An die Zaunlücke anschließende Zaunfelder sind inzwischen beschädigt worden, so dass an dieser Stelle die Gefährdung der Passanten sogar noch gestiegen ist.

Wir fordern die Verwaltung dringend auf, hier schnellstens tätig zu werden, damit sich hier nicht erst ein Unfall ereignet.

gez.

Dieter FASTERLING
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine